

Protokolleintrag vom 30.03.2016

2016/108

Erklärung der GLP-Fraktion vom 30.03.2016: Gesamtüberarbeitung Regionaler Richtplan Stadt Zürich

Namens der GLP-Fraktion verliest Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Regionale Richtplanung – wer steht in der Verantwortung für die Stadtentwicklung?

Zürich wächst und könnte bald eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner haben. Die Stadt steht also vor grossen Herausforderungen in der nachhaltigen Bewältigung des prognostizierten Bevölkerungswachstums. Für uns Grünliberale gilt es diesen Herausforderungen nicht mit Abschottungsreflexen zu begegnen. Vielmehr sehen wir darin eine Chance, mit innovativen Lösungen und vorausschauenden Ideen das Entwicklungspotenzial unserer Stadt zu nutzen und sie noch lebenswerter, ökologischer, wettbewerbsfähiger und vielfältiger zu machen. Zürich soll wachsen und zur offenen Stadt für alle Menschen werden. Hierfür brauchen wir qualitätsvollen Lebensraum für die Bedürfnisse sämtlicher Bevölkerungsgruppen und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Ausserdem meinen wir: Die aktuelle und künftige Wachstumsdynamik bietet eine Chance, übergeordnete Umweltprobleme zu lösen. Denn städtische Lebensformen tragen wesentlich dazu bei, die fortschreitende Zersiedelung zu bremsen, bedarfsgerechtes und flächenschonendes Wohnen zu beleben und mittels ressourceneffizienter Mobilität die Nähe zwischen Wohnen, Arbeit und Freizeit zurückzuholen.

Im regionalen Richtplan veranschaulichen die Behörden primär gegenüber dem Regierungsrat aber auch gegenüber uns Einwohner_innen, wie sie den erwarteten Bevölkerungszuwachs und die neuen Ansprüche an die Stadtnutzung raumverträglich bewältigen wollen. In unserer mehrtägigen Beratung desselben werden die verschiedenen Parteien – wie auch wir dies einleitend getan haben – ihre Vorstellungen zur Stadtentwicklung mehr oder weniger ideologisch gefärbt darlegen. Dabei gilt es aber, das Wesentliche nicht aus dem Auge zu verlieren. Nämlich, dass eine Richtplandebatte auch bedeutet, Verantwortung für künftige Generationen zu übernehmen, indem wir zeitgemässe Antworten auf aktuelle Fragestellungen liefern. Die brennendste Frage lautet: Wie gestalten wir ein qualitätsvolles Stadtwachstum, das Flächen- und Ressourcenverschwendung vermeidet?

Der regionale Richtplan beinhaltet aus unserer Sicht viele richtige Ziele und Massnahmen. Für die Zukunft der Stadt Zürich ist es aber wesentlich, ob und wie diese umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen wir versuchen, die Herausforderungen einer modernen Stadt nicht mit Rezepten der Vergangenheit zu lösen. Im vorliegenden Richtplan vermissen wir diesbezüglich zukunftsweisende Lösungen für unterschiedliche Bereiche wie z.B. die Entwicklung neuer emissionsarmer Verkehrskonzepte, die Schaffung von Transparenz bezüglich Kostenwahrheit und -verantwortung bei Infrastrukturmassnahmen, die Senkung des Ressourcenverbrauchs, die Erhöhung der Versorgungssicherheit durch lokale erneuerbare Energien, die bessere Nutzung bestehender Siedlungsflächen und die Neugestaltung des öffentlichen Raums verbunden mit dem Ausbau des Grün- und Erholungsraums. Mit unseren Anträgen bieten wir Ihnen unsere Ideen hierzu.

Es braucht einen Richtplan der zukunftsgerichtet und generationengerecht ist. Die gemeinderätliche Debatte dazu erachten wir für die Zukunft unserer Stadt von höchster Wichtigkeit. Doch auch uns ist bewusst: Was am Schluss im Richtplan steht, das entscheidet der Regierungsrat. Er setzt die Auf- oder Abklassierung von Strassen fest. Er entscheidet mittels Vetorecht, ob die Stadt diesen Veloweg benötigt und falls ja, wer ihn zu finanzieren hat. Besonders befremdlich ist in diesem Kontext der Umgang mit dem öffentlichen Verkehr. Es steht uns offen zu fordern, dass es eine Tramlinie durch die Rautstrasse in Altstetten braucht. Wir können sogar die Frist so festsetzen, dass diese in den nächsten 20-25 Jahren realisiert werden soll. Und es könnte sogar sein, dass der Regierungsrat diese Notwendigkeit erkennt und die Linie daher festlegt. Trotzdem können wir nicht darauf zählen, dass etwas passiert. Denn wer weiss schon, wann der für die Finanzierung zuständige Verkehrsrat tagt und weshalb er eine Bewilligung erteilt oder nicht? Mit anderen Worten: Wir werden nun eine Debatte über ein Instrument führen, in der wir unsere Forderungen zwar stellen können und dies – um Verantwortung zu tragen – auch tun müssen. Gleichzeitig ist es uns schmerzlich bewusst, dass diese ignoriert werden können, ohne dass jemand hierfür die Verantwortung übernimmt.